Der GroKo-Mindestlohn zementiert den Niedriglohnsektor

Oliver Rast Die publizistischen Flaggschiffe der bundesdeutschen „Qualitätspresse" schlagzeilten jeweils differenziert: „Warnung vor Ausnahmen beim Mindestlohn", so titelte die Süddeutsche Zeitung in ihrem Aufmacher am 20.1.2014. Einen Tag später urteilte die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit der Überschrift „Kein Mindestlohn für Azubis. Gutachten: Ausnahmen sind rechtlich möglich".

Die Presseveröffentlichungen zeigen auf, dass der im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU vereinbarte allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € weiterhin kontrovers nachverhandelt wird. Hintergrund dieses medialen Echos ist eine Expertise, welche der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags im Auftrag der Grünen-Arbeitsmarktexpertin Brigitte Pothmer angefertigt hat und in der es um potentielle Ausnahmeregelungen im anvisierten Mindestlohngesetz geht.

Innerhalb der linksgewerkschaftlichen, (anarcho-)syndikalistischen und unionistischen Szenerie beginnt eine Diskussion darüber, dass der Mindestlohn in seiner vorgesehenen regierungsamtlichen Ausgestaltung zu einer dauerhaften Etablierung eines Niedriglohnsektors führen muss. Dieser „Nebeneffekt" ist weder zufällig noch ungewollt ...

Unterhöhlung des Mindestlohns

Seit Beginn der Mindestlohndebatte treten die Vereinigungen aus dem Arbeitgeberlager und ihre lobbyistischen Vorfeldstrukturen in die Arena, um die Diskurshoheit zu erlangen und erweiterte Ausnahmeregelungen zu verlangen, die die Allgemeinverbindlichkeit eines Mindestlohns systematisch unterlaufen. Der gebetsmühlenartig präsentierte Vortrag von „negativen Beschäftigungseffekten" bei Einführung eines Mindestlohns von Vertreterinnen der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie findet allerdings immer weniger Zuhörerinnen, da ihnen schlicht die empirische Beweiskraft fehlt.

Die Unterhöhlung des Mindestlohns durch ein Ausnahmebündel findet bereits im GroKo-Vertrag seinen Ausdruck; ehrenamtliche Tätigkeiten, Praktikantinnen, die noch studieren, zur Schule gehen oder sich in einer Berufsausbildung befinden, sollen nicht unter diese Regelung fallen. Das Einfallstor für eine Aufweichung dieser gesetzlichen Initiative der „schwarz-roten" Lohnregulierung ist demnach weit geöffnet.
Im Vertragswerk der Großkoalitionärlnnen ist vorgesehen, dass Abstufungen nach unten beim Mindestlohngesetz bis zum 31.12.2016 „durch Tarifverträge repräsentativer Tarifpartner auf Branchenebene" möglich sein sollen und erst ab 01.01.2017 der bundesweite gesetzliche Mindestlohn „uneingeschränkt" gelten soll. Diese Tariföffnungsklausel soll für bereits abgeschlossene wie für noch abzuschließende Tarifverträge gelten. Dem GroKo-Vertrag zufolge soll erstmals zum 10.06.2017 mit Wirkung zum 01.01.2018 von einer „Kommission der Tarifpartner" die Lohnhöhe „überprüft" und „gegebenenfalls angepasst" werden.

Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner argumentiert, Schülerinnen, Studierende und Rentnerinnen mit einem Zuverdienst seien anders zu behandeln als Arbeitnehmerinnen, die mit einer Vollzeittätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Entlohnung saisonal Beschäftigter dürfte hierbei besonders strittig sein. Mit dieser „Zubrot-These" attackiert die CSU das verfassungs-

Zum Autor:

Oliver Rast ist momentan in der JVA Tegel inhaftiert. Er war in den letzten Jahren in der basisgewerkschaftlichen Bewegung engagiert und Mitglied der IWW, einer linken Arbeiter_ innenunion, um den Kämpfen von Lohnarbeitenden, Scheinselbständigen oder Erwerbslosen um ihre Würde frischen Wind zu geben.
Es liegt nahe, dass gerade dies der eigentliche Stein des Anstoßes für die staatlichen Überwachungsbehörden ist. Der Staat fürchtet derzeit nichts mehr, als dass der Widerstand gegen eine menschenfeindliche, profithungrige Wirtschaftsordnung, die er forciert, Breitenwirkung entfalten könnte.

Das Soli-Komitee für Olli ruft daher nicht nur die IWW und die FAU auf, sich hier mitangegriffen zu fühlen, sondern auch linke Gewerkschaftler aus dem klassischen Gewerkschaftsspektrum: Wenn die staatliche Repression hier Erfolg hat, werdet ihr die Nächsten sein!

Solikomitee:
solikom-olli.site36.net/
Mehr zu den Verfahren:
einstellung.so36.net/, **soligruppe.blogsport.eu/tag/oliver-rast/**
IWW im deutschsprachigen Raum:
www.wobblies.de/

Wer Olli schreiben möchte, schickt die Karte oder den Brief an:

Oliver Rast, z.Zt. JVA Tegel, Seidelstraße 39, 13507 Berlin